

Raul Zelik

Der Plan Colombia Anti-Drogendiskurse und US-Hegemonialpolitik in der Andenregion

Wenige Länder werden so sehr auf ihre ökonomische Struktur reduziert wie Kolumbien. Der südamerikanische Staat gilt als Synonym für Kokainhandel und Mafia-Macht.¹ Während diese In-Eins-Setzung jedoch über einen langen Zeitraum mit einer allgemeinen Gleichgültigkeit für die Situation in Kolumbien einherging, lässt sich in den letzten fünf Jahren ein wachsendes internationales Interesse für das Land beobachten. Kolumbien wird zunehmend als politischer Brennpunkt mit erheblicher Bedeutung für die gesamte karibische und andine Region anerkannt. Vor allem die Verabschiedung von 1,3 Mrd. US-Dollar Militär-, Polizei- und Wirtschaftshilfe durch die US-Regierung im Rahmen des *Plan Colombia* gilt als Beweis für die Brisanz der Lage.

Auf den ersten Blick hat auch diese neue Entwicklung mit der Drogenökonomie zu tun, zumindest wird sie mit dieser legitimiert. Kolumbien wird weiterhin auf seine illegalen Exportgüter reduziert. Dabei lassen die Vertreter der Anti-Drogendiskurse – zum Teil ganz bewusst – außer acht, dass das Koka – wie der Kolumnist Antonio Caballero (2000: 130) schreibt – „praktisch keines der sozialen, politischen und ökonomischen Probleme, mit denen Kolumbien konfrontiert ist, geschaffen hat: Er hat sich darauf beschränkt, sie alle zu potenzieren und zu komplizieren.“

Aus diesem Grund scheint es mir geboten, vor einer genaueren Betrachtung des *Plan Colombia* und der US-Antidrogen-Politik zunächst die Grundlagen des kolumbianischen Konflikts zu skizzieren. Es gibt gewichtige Argumente für die von lateinamerikanischen Linken vertretene These, wonach die wachsenden Anstrengungen der USA in der Region weniger mit dem Drogenprob-

1 Die Verwendung des Begriffs 'Mafia' für die illegalen Geschäftsstrukturen ist durchaus problematisch. Ciro Krauthausen (1997) hat Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen italienischer Mafia und kolumbianischen Drogenhändlerringen ausführlich herausgearbeitet. Lessmann (1996: 261) lehnt den Begriff im Zusammenhang mit den kolumbianischen Drogenhändlerringen ganz ab, u. a. weil es - anders in Italien - keine Mechanismen zur internen Konfliktregelung gebe, genau diese jedoch die besondere Struktur der Mafia auszeichneten.

lem als vielmehr mit den sozialen Auseinandersetzungen in Kolumbien zu tun haben. Bürgerkrieg, *Plan Colombia* und letztlich auch der Boom der *Narco-Korruption* seien demnach nur zu verstehen, wenn man die soziale Konfrontation betrachtet, die das Land seit seiner Unabhängigkeit erschüttert.

Determinanten des kolumbianischen Konflikts

In Kolumbien wird häufig auf drei für die Situation entscheidende Faktoren verwiesen: die geopolitische Lage, der Ressourcen-Reichtum und der evidente Widerspruch zwischen formaldemokratischer Rechtsstaatlichkeit und den realen Gewaltverhältnissen:

- Dass die geostrategische Lage Kolumbiens eine zentrale Rolle im Konflikt spielt ist unumstritten. Fernández (1999: 63) hält sie sogar für den entscheidenden Schlüssel zum Verständnis der US-Politik in der Andenregion. Kolumbien kommt eine Art Drehscheiben-Funktion auf dem südamerikanischen Kontinent zu. Die fünf Außengrenzen verlaufen durch wenig erschlossene Regenwald- und Savannen-Gebiete und gelten als schwer kontrollierbar. Gleichzeitig besitzen Kolumbiens Nachbarstaaten große Bedeutung für den Handel in der westlichen Hemisphäre: Panama wird vom interozeanischen Kanal durchschnitten, über den – trotz Kapazitätsproblemen² – nach wie vor ein bedeutender Teil des interozeanischen Güterverkehrs abgewickelt wird. Brasilien ist das bevölkerungsreichste und industrialisierteste Land des Subkontinents, das darüber hinaus mit dem amazonischen Becken über die biogenetische und ökologische Schatzkammer des Planeten verfügt, und Ecuador und Venezuela sind bedeutende Öl-Exporteure.³

- Die kolumbianische Linke weist vor allem auf den Ressourcen-Reichtum ihres Landes hin, wenn sie die US-Politik und den *Plan Colombia* erklären will. Tatsächlich verfügt Kolumbien über eine Reihe interessanter Rohstoffe. Die Netto-Ölexporten lagen nach Angaben der *Bank for International Settlements* (2001: 46) im Jahr 2000 bei 4,3 Mrd. US-Dollar – ein Geschäft, von dem vor allem die Unternehmen *British Petroleum* und *Occidental* profitierten. Dazu kommen die großen, von *Exxon* und *Drummond* ausgebeuteten Kohlevorkommen in der Nähe der Karibikküste (Exportvolumen 1997: 827 Mill. US-

2 Dario Azzellini (1999: 108) spricht von einem „Nadelöhr für die wachsende Warenströme ... Schiffe mit mehr als 60.000 Tonnen können ihn gar nicht passieren, üblich sind heute jedoch bis zu 250.000 Tonnen.“

3 Die destabilisierende Wirkung Kolumbiens auf die Öl exportierenden Nachbarstaaten taucht immer wieder in den US-amerikanischen Debatten auf. So wies beispielsweise der Staatssekretär der ersten Bush-Administration Bernard Aronson 1998 in der *Washington Post* ausdrücklich auf die Gefahr hin, der kolumbianische Bürgerkrieg könne „die Grenze nach Venezuela überschreiten, dem Öllieferanten Nr. 1 der Vereinigten Staaten.“ (zit. nach Camelo Bogotá 1998: 140).

Dollar), die Goldreserven der Serranía San Lucas, die eine der höchsten Konzentrationen auf dem Globus besitzen sollen (SINTRAMINERCOL 1999), sowie die Bananen-, Schnittblumen-, und Kaffee-Exporte, die 1997 weitere 466, 475 und 2420 Mill. US-Dollar eingebracht haben (Cideiber 2001). Das Wirtschaftswachstum in Kolumbien lag zwischen 1945 und 1995 im Durchschnitt bei 5%, also deutlich höher als in den meisten anderen lateinamerikanischen Staaten (Reed 2001), was erklärt, warum das Land in Expertenkreisen häufig als „eines der bestgehütetsten Investitionsgeheimnisse des Kontinents“ (Ex-US-Staatssekretär Bernard Aronson) bezeichnet wird. Doch es gibt auch Argumente, die die wirtschaftliche Bedeutung des Landes im internationalen Rahmen relativieren. So zeigt Fernández (1999: 62) am Thema der *Certificación*⁴ auf, dass Kolumbien nur „eine ausgesprochen sekundäre Rolle bei den nordamerikanischen Prioritäten in Lateinamerika“ spielen könne. Anders lasse sich nicht erklären, warum der Drogenhandel die Beziehungen zwischen den beiden Staaten auf die bestehende Weise dominiere.⁵ Wäre Kolumbien ebenso wie Mexiko ein unverzichtbarer Wirtschafts- und Handelspartner der USA, so Fernández, hätte Washington dem südamerikanischen Land die *Certificación* nicht verwehren können. Auch wenn der Einwand einiges für sich hat, bleibt festzuhalten, dass das Interesse transnationaler Unternehmen an kolumbianischen Firmen, die in den Bereichen Telekommunikation, Strom-, Wasser- und Energieversorgung tätig sind, sowie an Banken und Versicherungen in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen ist und die internationale Politik gegenüber dem Land maßgeblich beeinflusst hat (vgl. Ahumada 2000).

- Der dritte entscheidende Faktor im kolumbianischen Konflikt ist historischer Natur. Obwohl - oder gerade weil - im Land seit Gründung der Republik bis auf kurze Unterbrechungen formaldemokratische Verhältnisse geherrscht haben⁶, besitzt das Land das höchste Gewaltniveau auf dem Konti-

4 Bei der *Certificación* handelt es sich um eine jährliche, von der US-Regierung durchgeführte Bewertung der Drogenpolitik anderer Staaten. Die Nicht-Erteilung der *Certificación* zieht die Verweigerung von Handelserleichterungen und Hilfsmaßnahmen sowie das negative Votum der USA bei den internationalen Kreditfonds nach sich (Thoumi 1997: 200). Kolumbien wurde die *Certificación* unter dem Präsidenten Samper (1994-98) zweimal verweigert.

5 Fernández verweist auf die seltsame Asymmetrie der US-Außenpolitik. Während Kolumbien wegen des Drogenhandels die *Certificación* verweigert wurde, ist die Regierung Mexikos, die nicht minder schwere Fälle der Drogenkorruption zu verantworten hat, weit gehend unbehelligt geblieben. Fernández erklärt dies mit der handelspolitischen Bedeutung Mexikos für die USA.

6 Es spricht einiges für die These, dass die systematische Verletzung von Menschenrechten in Kolumbien überhaupt nur unter formaldemokratischen Verhältnissen möglich war. Die mit den Sicherheitskräften kooperierenden Todesschwadronen begehen in Kolumbien heute mehr Morde als die chilenischen Militärs unter Pinochet (Giraldo 1996: 24). Das hat u. a. damit zu tun, dass eine offen autoritär auftretende Militär-Junta mit der Kritik der internationalen Öffentlichkeit konfrontiert wäre. Der kolumbianische Staat hingegen verweist auf seine demokratische Legitimation und stilisiert sich zum Opfer der 'Extreme von Rechts und Links'.

ment. Die Hermetik des Zweiparteiensystems sowie staatliche bzw. para-staatliche Repression haben die Opposition in den vergangenen 180 Jahren immer wieder in den Untergrund gedrängt. Die Folge davon ist eine nicht abreißende Kette bewaffneter, oft regionaler Aufstände⁷, die durch die fehlende Integration des Territoriums bis in die 1960er Jahre hinein wesentlich erleichtert wurden. Im Unterschied zur Situation in anderen lateinamerikanischen Staaten entzündeten sich die im 19. Jahrhundert in fast allen Ländern des Subkontinents ausgefochtenen, parteipolitisch motivierten Bürgerkriege in Kolumbien immer wieder neu und luden sich dabei sozial auf. So entstand eine Kontinuitätslinie, die von den liberal-konservativen Machtkämpfen der frühen Republik über die großen, im Kern um die Landverteilung geführten Bürgerkriege 1899-1902 und 1948-1953 (vgl. Uribe 1993, Molano 1994) bis hin zu den Guerillaaufständen der 60er Jahre reicht. Während andere lateinamerikanische Guerillagruppen mehr oder weniger artifiziell als Anwendung von Che Guevaras Fokus-Theorie entstanden, konnten die aufständischen Gruppen Kolumbiens unmittelbar an kaum 15 Jahre zurückliegende Bauernrevolten anknüpfen⁸. Dieser Umstand ist der wohl wichtigste Grund, warum die kolumbianische Guerilla-Linke die großen Krisen des Konzepts Bewaffneter Kampf um 1970 und 1990 überdauerte⁹.

7 „Sage und schreibe neun nationale Bürgerkriege und Dutzende von regionalen Konflikten zählt der Historiker Alvaro Tirado Mejía für die Zeit nach den zwischen 1810 und 1824 ausgefochtenen Unabhängigkeitskriegen. Es ist - bis auf die *guerra de los mil días* zwischen 1899 und 1902 - die Häufigkeit der Auseinandersetzungen und nicht so sehr ihre Intensität, die beeindruckt.“ (Krauthausen 1997: 101)

8 Bei der größten kolumbianischen Guerilla, den *Revolutionären Streitkräften Kolumbiens-Volksheer* (FARC-EP), wird diese Kontinuität besonders deutlich. FARC-Kommandant Pedro Marín alias Manuel Marulanda schloss sich während des Bürgerkriegs 1949 den 'liberalen' Selbstverteidigungsgruppen an und blieb danach - von einer kurzen Episode als Straßeninspektor abgesehen (vgl. Pizarro 1991) - bis heute in der Illegalität. Aber auch die klassisch guevaristische ELN besitzt eine Verankerung in den Bauernrevolten. Die Studenten, die 1963/64 die Organisation aufbauten, suchten gezielt Kontakt zu den Veteranen des Bürgerkriegs und gewannen einige von ihnen als Unterstützer ihres Projekts (Hernández 1998: 56-58).

9 Weitere wichtige Gründe sind: Die Verweigerung politisch-legaler Spielräume durch die kolumbianischen Eliten, die Größe und topographische Beschaffenheit des Territoriums sowie - was die 90er Jahre betrifft - die Verschärfung der sozialen Krise in Folge der neoliberalen Öffnungspolitik. Der Verweis auf die ökonomische Unabhängigkeit der kolumbianischen Guerilla, die sich über Schutzgelderpressungen, Entführungen und Besteuerung des Koka-Anbaus finanzieren, wird meistens denunziatorisch verwendet, um den Guerillaführern persönliche Bereicherungswünsche zu unterstellen. Das Argument ist in diesem Sinne falsch - die meisten Berichte über angebliche Reichtümer der Guerilla greifen direkt oder indirekt auf Informationen der Armeegeheimdienste zurück. Richtig an dem Argument ist jedoch, dass die kolumbianische Guerilla anders als etwa die zentralamerikanischen Gruppen über eine autonome ökonomische Basis verfügt und deshalb vom Zusammenbruch des Realsozialismus in dieser Hinsicht kaum getroffen wurde.

Eine Geschichte der sozialen und politischen Gewalt

Bei der Betrachtung des kolumbianischen Alltags sticht als erstes die extrem hohe Mordrate ins Auge. Mit mehr als 70 Toten pro 100.000 Einwohner gehörte Kolumbien in den 90er Jahren zu den Ländern mit der höchsten Mordrate weltweit (Ziss 1997: 214f). Wenig befriedigend sind die Erklärungen, die normalerweise für diesen Sachverhalt herangezogen werden. Ziss etwa verweist – sehr oberflächlich – auf kulturelle Begebenheiten und die Schwäche des Staates, während andere Untersuchungen das Gewaltpotenzial mit der ökonomischen Marginalisierung von großen Teilen der Bevölkerung zu begründen versuchen. Statistiken der Menschenrechtsinitiative *Nunca Mas* (Pérez/Reis 1998: 302f) zeigen jedoch, dass sich konkretere Ursachen für die Entwicklung benennen lassen. Diesen Zahlen zufolge waren 1970 noch weniger als 5000 gewaltsame Tötungen zu verzeichnen, im Jahr 1996 hingegen knapp 30.000. Dabei verlief der Anstieg bis Mitte der 80er Jahre weitgehend kontinuierlich und machte erst 1985-1988 einen Sprung. Gleichzeitig nahm der Anteil politisch motivierter Tötungen von 8,5% auf 20,4% zu (1970 hatte er noch bei 1% gelegen).

Diese Zahlen deuten darauf hin, dass die Gewalteskalation vor allem von zwei Phänomenen beeinflusst worden ist: der Ausbreitung des Drogenhandels, der seit 1970 relativ kontinuierlich zu einer Umwälzung der Sozialstrukturen geführt hat und Gewalt als allgemein übliches Mittel der Konfliktregulation etablierte, und der Verschärfung der Oppositionsbekämpfung im Rahmen des „schmutzigen Kriegs“ ab 1983. Hingegen scheint die steigende Zahl von Tötungen mit bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Guerilla und Streitkräften nur sekundär zu tun zu haben. Selbst 1996, als der Konflikt in Kolumbien durch den Übergang der FARC zum Bewegungskrieg in eine neue Phase trat, lag die Zahl der Opfer bei Gefechten deutlich unter der extralegalen Hinrichtungen und Verschwundener (ebenda: 305).

Da die Auswirkungen des Drogenhandels im folgenden Abschnitt behandelt werden sollen, werde ich zunächst versuchen, die repressiven Strategien der Oberschicht nachzuzeichnen. Man kann nämlich feststellen, dass die kolumbianischen Eliten in den vergangenen 100 Jahren konsequent auf gewalttätige Konfliktlösungen gesetzt haben. Zwar ist in Lateinamerika allgemein zu beobachten, dass Protestbewegungen eher unterdrückt, denn ‘integriert’ oder politisch ruhig gestellt wurden – für eine funktionierende Integration im Rahmen eines „fordistischen Kompromisses“ fehlten und fehlen auf dem Subkontinent einfach die ökonomischen Spielräume –, doch die Brutalität der Repression ging im kolumbianischen Fall auch über das in Lateinamerika übliche Maß immer wieder hinaus. Im 20. Jahrhundert sind vier traumatische Erfahrungen auszumachen: der „Krieg der 1000 Tage“ (1899-1902), der Arbeitskampf auf den Bananenplantagen der *United Fruit Company* 1928, der

Bürgerkrieg 1948-53, der in Kolumbien selbst nur als die *violencia*, die 'Gewalt', bezeichnet wird, und der so genannte „schmutzige Krieg“ seit 1983. Alle vier Konflikte lassen sich als Klassen-Auseinandersetzungen interpretieren. So ging es beim „Krieg der 1000 Tage“, der immerhin 100.000 Menschenleben forderte, um die gewalttätige Aneignung des (durch den internationalen Kaffee-Boom immens aufgewerteten) Landes der Kleinbauern in den mittleren Anden durch den Großgrundbesitz (Uribe 1993). Der Bananenarbeiter-Streik 1928 war der Höhepunkt einer sich erstmals unabhängig von den großen Parteien formierenden Gewerkschafts- und Massenbewegung, der durch das Massaker eine strategische Niederlage zugefügt wurde (ebenda). Zum Ausbruch der *Violencia* kam es, als die konservative Parteiführung den aussichtsreichen linksreformistischen Präsidentschaftskandidaten Jorge Eliécer Gaitán ermorden ließ, weil dieser u.a. für eine Agrarreform eintrat (Alape 1983)¹⁰. Und schließlich gibt es heute das Phänomen des Paramilitarismus, der in den vergangenen zwei Jahrzehnten einen regelrechten Vernichtungskrieg gegen sämtliche Oppositionsgruppen geführt hat (vgl. Giraldo 1996, Pérez/Reis 1998, Zelik 1999a).

Die Untersuchung der paramilitärischen Gruppen ist von zentraler Bedeutung, wenn man die aktuelle Situation im Land verstehen will. Die Gruppen entstanden als Antwort der Eliten auf eine wachsende innenpolitische Destabilisierung. Zwar stellten die Guerillaorganisationen FARC, ELN, EPL und M-19¹¹ lange Zeit keine ernsthafte Bedrohung des Staates dar, doch Ende der 70er Jahre eskalierte die Situation: Im ganzen Land entstanden Protestbewegungen, ein heterogenes Mosaik aus Stadtteilbewegungen, Indígena- und Kleinbauern-Organisationen, marxistischen Zirkeln, linkschristlichen Gruppen und Gewerkschaften. In Verbindung mit den Stadtguerilla-Aktionen der M-19 und den Entwicklungen in Zentralamerika entwickelten diese Bewegungen eine unerwartete Dynamik, die das System in Frage zu stellen schien. Auf Seiten der Eliten kristallisierte sich daraufhin eine Politik heraus, die der Opposition von zwei Seiten den Boden zu entziehen versuchte und dem

10 Im Verlauf des Bürgerkriegs ließen die Großgrundbesitzer die von renitenten Kleinbauern bewohnten Dörfer systematisch angreifen, um sich auf diese Weise das Land anzueignen (vgl. Molano 1994, Zelik 2000).

11 Die *revolutionären Streitkräfte Kolumbiens*, FARC, entstanden 1966 als Antwort auf die versuchte Zerschlagung von aus dem Bürgerkrieg übrig gebliebenen, bäuerlichen Selbstverteidigungsgruppen, die unter dem Einfluss der Kommunistischen Partei standen (vgl. Molano 1995, Pizarro Leongómez 1991); sie orientierten sich an den Maximen der sowjetischen Politik. Das *Nationale Befreiungsheer*, ELN, wurde 1964 als guevaristischer Guerilla-Fokus gegründet und in den Folgejahren u. a. von der Befreiungstheologie geprägt (vgl. Hernández 1998, Medina 1996). Das *Volksbefreiungsheer* EPL entstand 1967, es bezog sich politisch zuerst auf China, dann auf Albanien. Die M-19 war eine linksnationalistische, sich selbst als undogmatisch begreifende Abspaltung der FARC mit einer starken Basis in den kolumbianischen Großstädten. Sie integrierte sich 1991 ins politische System, verlor ihren Vorsitzenden bei einem Mordanschlag und verschwand von der Bildfläche.

Vorgehen unter der aktuellen Regierung Pastrana erstaunlich ähnelt: Während der Präsident Belisario Betancur (1982-1986) Friedensgespräche mit der Guerilla aufnahm, formierten sich lokale Bündnisse aus Politikern der herrschenden Parteien, Großgrundbesitzern, Industriellen, Militärs und Drogen-Capos, um die Opposition extralegal zu bekämpfen (Giraldo 1996, Alonso 1997). Die aus dieser Kooperation hervorgehenden paramilitärischen Gruppen stellen eine Weiterentwicklung der „Nationalmilizen“ dar, die in den 60er Jahren im Rahmen der Nationalen Sicherheitsdoktrin gegründet worden waren (Giraldo 1996, 80). Der Armee wurden „para-institutionelle“ (Medina Gallego 1992) bzw. parastaatliche Einheiten an die Seite gestellt, was drei große Vorteile mit sich brachte: eine militärische Einbindung der Bevölkerung auf Seiten der Armee, die Intensivierung der territorialen Kontrolle im Anti-Guerilla-Kampf und die Entlastung der Militärs, deren Image durch illegale Under-Cover-Aktionen (Giraldo 1996: 82) stark gelitten hatte. Die Paramilitärs übernahmen diejenigen Operationen, die in Militärdiktaturen direkt von Armee-Einheiten durchgeführt werden: Verschwindenlassen von Oppositionellen und außerlegale Hinrichtungen. Dazu gesellte sich eine ‚Politik‘ der Massaker, mit denen seitdem die Vertreibung der bäuerlichen Bevölkerung in von der Guerilla beeinflussten oder ökonomisch interessanten Gebieten forciert wird.

Nach knapp 20 Jahren Paramilitarismus gibt es in Kolumbien heute an die zwei Millionen Inlandsvertriebene, die sozialen Organisationen sind weitgehend zerstört, die Bevölkerungsmehrheit ist entpolitisiert, und die Landkonzentration hat durch eine Art Gegen-Landreform stark zugenommen. Allein die Paramilitär-Kommandanten Castaño und Carranza sollen sich durch gewalttätige Vertreibungen seit 1990 drei Millionen Hektar Land angeeignet haben (Azzellini 1999: 125).

Nun ist die Existenz paramilitärischer Verbände kein seltenes Phänomen in Bürgerkriegsländern. Das Konzept, die Bevölkerung an der Seite der Armee in den Krieg zu involvieren, ist Bestandteil der Low-Intensity-Warfare-Konzepte, wie sie von US-Militärs nach dem Vietnam-Krieg entwickelt wurden (Klare 1995). Weniger bekannt ist jedoch, dass die paramilitärischen Verbände Kolumbiens zwar oft unter inoffizieller Führung der Armee stehen¹², aber auch eng mit dem Drogenhandel verbunden sind. So arbeitete bereits der erste paramilitärische Todesschwadron Kolumbiens, die 1981 von Capos

12 Im Fall Kolumbien gibt es dafür zahlreiche Belege. So erklärte ein früherer Führer der Paramilitärs Alonso de Jesús Baquero alias Vladimir 1997 gegenüber der Wochenzeitung *La Semana*, er habe 1988/89 die Befehle für die Massaker vom Bataillons-Kommandanten Farouk Yanine Díaz erhalten (Varios 1999), der einige Jahre später am *Interamerican Defense College* in Washington unterrichtete. Auch die Menschenrechtsberichte von *Human Rights Watch* und *amnesty international* aus den Jahren 2000 und 2001 nennen zahlreichen Fälle für die unmittelbare Verantwortung von hochrangigen Offizieren für große paramilitärische Verbände, die offiziell unter Führung des Viehzüchters Carlos Castaño stehen.

des Medellín-Kartells gegründete MAS-Gruppe, eng mit der örtlichen Armee-Brigade (Giraldo 1996: 83f) zusammen. Der militärische Chef des Kartells Gonzalo Rodríguez Gacha war bis zu seinem Tod 1989 einer der Anführer des Pilotprojekts im zentralkolumbianischen Magdalena-Tal. Zudem wird auch der heutige Paramilitär-Chef Carlos Castaño von US-Behörden des Drogenhandels im großen Stil beschuldigt (*El Nuevo Herald*, 28. 4. 2001).

Für die Verbindungen zwischen Drogenhandel und Paramilitarismus gibt es zwei wichtige Erklärungen. Zum einen spielen Drogengelder offensichtlich eine Schlüsselrolle bei der Finanzierung außerlegaler Privatgruppen, die nicht aus offiziellen Kassen bezahlt werden dürfen. Zum anderen hat es die quasimafiöse Erscheinung des Paramilitarismus (trotz der Zusammenarbeit dieser Gruppen mit den Sicherheitskräften) dem kolumbianischen Staat ermöglicht, sich vor der nationalen und internationalen Öffentlichkeit als Opfer von Extremismus und Kriminalität zu präsentieren. Das Drogen-Problem wird für einen Großteil der Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht, was gleichzeitig die Aufrüstung des staatlichen Repressionsapparats zur 'Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit' notwendig erscheinen lässt.

Tatsächlich zeigt sich eine Art Arbeitsteilung: Während der kolumbianische Staat seine demokratische Erscheinung gewahrt hat, haben privat finanzierte, Kapitalinteressen verteidigende Paramilitärs „das normale Funktionieren“ der Gesellschaft (Alonso 1997: 146) garantiert, den Zugang zu Ressourcen erleichtert und Arbeitsmärkte 'dereguliert', indem sie Gewerkschaften regelrecht ausgelöscht haben.

Die Durchdringung der kolumbianischen Gesellschaft durch die Drogenökonomie

Das Verhältnis zwischen Staat und Drogenhandel ist ambivalent. Einerseits wurde der Drogenhandel von den traditionellen Eliten immer wieder auf die beschriebene Weise im sozialen Konflikt funktionalisiert, andererseits überformte er jedoch auch die vorhandenen gesellschaftlichen Strukturen und stellte damit die staatlichen Institutionen in Frage. In der Literatur ist man sich trotz stark variierender Angaben über die Bedeutung des Drogenhandels für die kolumbianische Gesamtökonomie¹³ einig, dass keine gesellschaftliche Gruppe von der Durchdringung durch die Schattenwirtschaft frei geblieben ist. Die Ursprünge dieser Entwicklung reichen bis in die frühen 70er Jahre zurück. Damals, während des Marihuana-Booms, sammelten risikobereite *Trafi-*

13 Lessmann (1996: 203) hat verschiedene Schätzungen für die 80er Jahre miteinander verglichen. Während der Ökonom Hernando J. Gómez die kolumbianischen Netto-Drogeneinnahmen zwischen 1981 und 1988 mit durchschnittlich 1,65 Mrd. US-Dollar beziffert (1,7-9,4 Prozent des BIP), nennt Salomon Kalmonovitz, einer der ChefVolkswirte der kolumbianischen Zentralbank, die Zahl von 4,3 Milliarden US-Dollar (9,2-14,8 Prozent des BIP).

cantes erste Erfahrungen mit dem Schmuggel illegaler Waren vor allem in die USA. Sie profitierten dabei von der geographischen Lage Kolumbiens, der so genannten „geduldeten Illegalität“ (Lessmann 1996: 205f) und den alten Schmuggler-Traditionen, wie sie in der Region nordöstlich der (als Marihuana-Anbaugebiet genutzten) Sierra Nevada stark verbreitet sind. Aufgrund des steigenden Konsums von Kokain in Nordamerika und Europa versprach der Drogenhandel immer größere Gewinnmargen, was u.a. das Interesse der Smaragd Händler weckte. Krauthausen (1997: 109-113) zeigt am Fall des Capos Gonzalo Rodríguez Gacha auf, wie sich der Geschäftsgeist der in „illegalen und gewaltsamen Tätigkeiten“ erprobten *esmeralderos* mit der indigen geprägten Schmugglerkultur des karibischen Wüstendepartements Guajira verband. Die Erfolgsgeschichte der *Traficantes* ist umso erstaunlicher, wenn man berücksichtigt, dass der Koka-Anbau in Kolumbien historisch nicht verwurzelt ist. Die Händler mussten die Kokapaste aus den traditionellen Anbaugebieten Perus und Boliviens – wo der Alkaloidgehalt der Pflanzen deutlich höher ist als in Kolumbien (Lessmann 1996:19) – importieren, verarbeiteten die Ware zu Kokain und organisierten die illegalen Verkehrswege in die Länder der Konsumenten.

Innerhalb weniger Jahre verwandelte sich der Drogenhandel auf diese Weise in die wichtigste Devisenquelle Kolumbiens und gewann damit auch rasant an politischem und sozialem Einfluss. Dabei kristallisierten sich zwei führende Kartelle heraus: das Medellín- und das Cali-Kartell, die nicht nur verschiedene geographische, sondern auch soziale Herkünfte besaßen. Die Männer des Medellín-Kartells um Pablo Escobar hatten meist als Kleinkriminelle begonnen, das Cali-Kartell hingegen besaß gute Verbindungen zu den traditionellen Eliten (Ambos 1990: 30f).¹⁴ Dementsprechend entwickelten die Gruppen unterschiedliche Strategien, um sich vor staatlicher Verfolgung zu schützen. Während ‘Cali’ „diskretere Mittel einsetzte – die Infiltration der staatlichen Behörden und Investitionen in die legale Wirtschaft“ (ebenda: 31), versuchten die ‘Medelliner’ aus ihrer Außenseiterposition heraus eine eigene Machtbasis aufzubauen: Pablo Escobar ließ sich zum Kongressabgeordneten wählen, finanzierte Sozialprojekte in den Armenvierteln Medellín und rekrutierte Jugendliche aus den Banden für kriminelle Aufträge. Vor allem letzteres sollte sich als verhängnisvoll für die kolumbianische Gesellschaft erweisen. Unter den Fittichen des Medellín-Kartells entwickelte sich das *sicariato*, das so genannte Killerwesen. Es entstanden Schulen, in denen Tausende von Jugendlichen aus den Armenvierteln zu Berufskillern ausgebildet wurden, wel-

14 Ambos (1994: 171) skizziert folgende Biographien: Pablo Escobar habe als kleiner Autodieb begonnen, Jorge Luis Ochoa mit Gebrauchtwagen gehandelt, und Rodríguez Gache sich schon früh als Berufskiller verdingt. Demgegenüber gehörte der (das Cali-Kartell leitenden) Familie Rodríguez Orejuela vor dem Einstieg ins Drogengeschäft eine Radiostation, die Apothekenkette „La Rebaja“ und Aktien der „Banco de los Trabajadores“.

che in den vergangenen Jahren von paramilitärischen Gruppen und Banden, aber auch von Geheimdiensten, Industriellen und Großgrundbesitzern angeheuert wurden. Ohne diese Jugendlichen, die schon für kleine Geldbeträge Morde ausführen und meistens nicht einmal wissen, in wessen Auftrag sie handeln, wäre der schmutzige Krieg gegen die sozialen Organisationen nicht in den vorhandenen Ausmaßen möglich gewesen.¹⁵

In diesem Zusammenhang ist bei verschiedenen Autoren das Missverständnis entstanden, das Cali-Kartell sei „relativ friedlich“ (Menzel 1997: 178). Tatsächlich jedoch haben die Drogenhändler aus Cali nicht weniger blutrünstige Verbrechen verüben lassen als ihre Konkurrenten aus Medellín. Der Unterschied besteht darin, dass das Cali-Kartell fast immer im Einvernehmen mit den Staatseliten gehandelt hat. So wurden die Massaker von Trujillo und Riforio (nördlich von Cali), die zwischen 1988 und 1994 mehr als 100 Menschen das Leben kosteten, von Armee-Einheiten im Auftrag der Drogen-Capos aus Cali verübt (vgl. Giraldo 1996: 49-52 und 104f).¹⁶

Das Verhältnis zwischen Medellín-Kartell und kolumbianischem Staat wurde hingegen Mitte der 80er Jahre immer konfliktiver. Die wachsende Autonomie der aufstrebenden Medelliner Drogenbourgeoisie wurde von den traditionellen Eliten zunehmend als Gefahr begriffen. Vor diesem Hintergrund kam es zu einer Eskalation, bei der sich kolumbianische Sicherheitskräfte, Cali-Kartell und US-Behörden auf der einen Seite und das Medellín-Kartell wiederfanden. Die Zusammenhänge dieses üblicherweise als „Drogenkrieg“ bezeichneten Konflikts sind nicht ganz leicht zu durchschauen. Offensichtlich überlagerten sich verschiedene Interessen. Warum sich Medellín- und Cali-Kartell bekriegten, ist noch relativ einsichtig: zwei konkurrierende Konsortien¹⁷ auf einem sich gewalttätig regulierenden Markt. Widersprüchlicher ist hingegen das Verhalten der kolumbianischen Eliten. Obwohl in den vergangenen Jahrzehnten zahlreiche Regierungsvertreter enge Beziehungen zum Drogenhandel gepflegt haben – den Präsidenten Turbay Ayala (1978-1982)

15 Eine lesenswerte literarische Verarbeitung des Themas ist Arturo Alapes Roman „Sangre Ajena“ (Bogotá 2000).

16 Vor der Menschenrechtskommission der OAS wurde der kolumbianische Staat im Januar 1995 wegen dieser so genannten „Staatsmassaker“ verurteilt und zu Entschädigungen aufgefordert. Das Ziel dieser Aktionen war es, die in den Ortschaften vorhandenen Kleinbauernkooperativen zu zerschlagen, mögliche Guerilla-Unterstützer zu vertreiben und das Land für den Drogenanbau nutzbar zu machen. Auch in diesem Fall gingen also Oppositionsbekämpfung und illegale Ökonomie Hand in Hand.

17 Die Drogenhändlerringe passend zu bezeichnen, ist nicht ganz einfach. Azzellini (1999: 120) stellt die These auf, dass es sich bei den ‘Kartellen’ nicht um streng hierarchisierte Unternehmen handle und der Begriff deswegen unzutreffend sei. „Die illegalen Strukturen der Drogenhändler entsprechen wohl eher Organisationsmustern, wie sie auch von postfordistischen, transnationalen Konzernen bekannt sind.“ Andererseits scheinen familiäre und persönliche Bindungen für den Zusammenhalt der Drogenhändler eine so wichtige Rolle zu spielen, dass eben doch nicht von normalen Unternehmensbeziehungen ausgegangen werden kann.

und Samper Pizano (1994-1998) wurde beispielsweise vorgeworfen, Drogen-Gelder im Wahlkampf verwendet zu haben, andere Politiker wie Ex-Präsident López Michelsen sollen sich auch persönlich bereichert haben –, versuchten andere staatliche Repräsentanten den Einfluss des Drogenhandels zurückzudrängen und befürworteten in diesem Zusammenhang die Auslieferung von Drogenhändlern an die US-Justiz. Das Medellín-Kartell antwortete mit Angriffen auf Vertreter dieser Politik, gründete die Gruppe der so genannten *Extraditables* („Auslieferbaren“) und ließ zwischen 1984 und 1991 u.a. „einen aktiven und ehemaligen Justizminister, etliche Richter, einen Generalstaatsanwalt und den Chef der Antidrogen-Polizei, den populärsten Politiker des Landes sowie den Chefredakteur“ der Tageszeitung *Espectador* ermorden (Krauthausen 1997: 120f). Darüber hinaus griffen die *Extraditables* auf eine Strategie des allgemeinen Terrors in den Großstädten zurück, um die Regierung zu Verhandlungen über eine Teil-Legalisierung zu zwingen.

Drogenhandel und US-Politik

Am schwersten einzuschätzen ist jedoch das Vorgehen der US-Behörden während des „Drogenkrieges“, das die ganze Ambivalenz der Washingtoner Politik gegenüber dem Andenstaat aufzeigt. Während der Jagd auf Pablo Escobar, die 1993 mit der Exekution des Drogen-Capos in Medellín endete, formierte sich nämlich eine bizarre Allianz aus DEA, kolumbianischer Polizei, Cali-Kartell und Abtrünnigen des Medellín-Kartells. Unter dem Namen *Los Pepes* (*Perseguidos por Pablo Escobar* – von Pablo Escobar Verfolgte) wurden Todesschwadronen aufgebaut, die für mehr als 1.000 Morde an Angehörigen des Medellín-Kartells verantwortlich sein sollen. Befehligt wurde die Gruppe von den Castaño-Brüdern Fidel und Carlos, die ebenfalls in den Drogenhandel verwickelt waren, sich von Pablo Escobar lossagten und – nach Escobars Tod – von Nordkolumbien aus den paramilitärischen Dachverband AUC aufbauten. Nach Berichten des *Nuevo Herald* (15. 10. 2000), der spanischsprachigen Ausgabe des *Miami Herald*, gingen die Angehörigen der *Pepes*-Kommandos im Sitz der kolumbianischen Antidrogen-Sondereinheit *Bloque de Búsqueda* ein und aus und hielten über den Agenten Javier Peña, dem heutigen Subdirektor des DEA-Büros in Bogotá, auch Kontakt zu den US-Behörden. Die Verdienste der *Pepes* im Kampf gegen Escobar honorierte die US-Regierung u. a. mit Einreisevisa in die USA. So durfte Don Berna, einer der Chefs der berüchtigten *La Terraza*-Bande aus Medellín, die sowohl für die *Pepes* als auch für die Paramilitärs Auftragsmorde verübte, nach Angaben des *Nuevo Herald* 1994 zum Urlaub nach Nordamerika reisen. Gleichzeitig konnten die Verantwortlichen der *Pepes*-Aktionen in Kolumbien auf eine Strafflosigkeit zählen, die selbst der Generalstaatsanwalt Gustavo de Greiff im Oktober 1992 als merkwürdig bezeichnete. Die Menschenrechtsorganisation

Amnesty International forderte vor diesem Hintergrund im Jahr 2001 Einsicht in die CIA-Akten (*El Espectador* 27. 4. 2001).¹⁸

Dieses Vorgehen der US-Behörden lässt sich zum einen sicherlich mit der pragmatischen Überlegung erklären, dass man – wenn man den Drogenhandel schon nicht zerschlagen kann – interne Fraktionierungen vertiefen und den jeweils bedrohlicher erscheinenden Gegner auszuschalten versuchen sollte. Zum anderen ist sie aber auch ein Indiz dafür, dass die US-Verantwortlichen die geopolitische Interessenvertretung offensichtlich höher bewerten als die Drogenbekämpfung – eine These, für die es im Zusammenhang mit dem *Plan Colombia* eine Reihe guter Argumente gibt. Wahrscheinlich muss man außerdem von mehreren ‘US-Außenpolitiken’ ausgehen, die in deutlichem Widerspruch zueinander stehen. Der ehemalige DEA-Agent Cele Castillo¹⁹, der sich 1992 nach 12 Jahren Tätigkeit aus der Behörde zurückgezogen hat, berichtet beispielsweise, dass Abteilungen außerhalb von DEA und CIA für die (mit Kenntnis von Reagan und Bush durchgeführten) Undercover-Aktionen während des Kriegs in Zentralamerika verantwortlich gewesen seien (*Guerillanews* 2001). Castillos Erklärungen ist zwar die in den USA weit verbreitete Neigung zu Verschwörungstheorien deutlich anzumerken, aber die These, dass die US-Regierung besonders brisante Operationen von Agenten außerhalb der Sicherheitsdienste durchführen lässt, besitzt einiges an Plausibilität und stimmt mit anderen Berichten über den Iran-Contragate-Skandal überein.²⁰

Fest steht auf jeden Fall, dass die Verbindungen zwischen Oppositionsbekämpfung und Drogenhandel in den offiziellen US-amerikanischen Betrachtungen kaum eine Rolle spielen. Nicht die Drogen-Paramilitär-Connection, sondern die Durchdringung der offiziellen Politik durch Drogengeschäfte, die

18 Die Verbindungen rissen offensichtlich nie ganz ab. Im Frühjahr 2000 veröffentlichte *El Nuevo Herald* mehrere Artikel, wonach die DEA-Beamten David Tinsley und Larry Castillo sowie der langjährige CIA-Agent Baruch Vega an einem „Resozialisierungsprogramm“ für Drogenhändler gearbeitet hätten und dabei Kontakte zum „Militärchef des Drogenhandels“ Hernando Gómez alias *Rasguño* unterhielten. Die Beamten der DEA-Abteilung 43 hätten gemeinsam mit Personal der US-Botschaft ein Geheimtreffen mit Carlos Castaño und 12-14 hochrangigen Drogenhändlern in Panama vorbereitet und dafür mit Nicolás Vergonzoli, einem Vertrauten Castaños, gesprochen. Worum es bei den Unterredungen gehen sollte, ist nur ansatzweise bekannt. Sicher ist nur, dass Castaño den USA mehrmals öffentlich angeboten hat, eine Unterwerfung des kolumbianischen Drogenhandels unter die US-Justiz durchzusetzen, wenn die US-Behörden im Gegenzug die Strafverfolgung von Capos und Paramilitärs einstellen und die Aufstandsbekämpfung auf andere Weise finanzieren. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass Castaño, der sich zur Finanzierung seiner Aktivitäten durch den Drogenhandel bekannt hat, den *Plan Colombia*, angeblich eine Strategie zur Bekämpfung der Drogen, mehrmals begrüßt hat.

19 Nicht zu verwechseln mit dem in der vorigen Fußnote erwähnten Larry Castillo.

20 Mitte der 80er Jahre organisierte der CIA-Agent Oliver North illegale Operationen zur Finanzierung der nicaraguanischen Contra. Die US-Geheimdienste tolerierten den Kokain-Export in die USA und ließen die Contras mit den Einnahmen aus dem Geschäft Waffen im Iran einkaufen.

Ausweitung der Koka-Anbauflächen in Kolumbien und die wachsenden Einnahmen der FARC-Guerilla durch die Besteuerung des Kokahandels in den von ihr kontrollierten Gebieten haben die US-Regierung in den vergangenen Jahren alarmiert.

Auch diese Entwicklungen veranlassten die USA allerdings zu eher widersprüchlichen Maßnahmen. Zum größten politischen Skandal der vergangenen 20 Jahre kam es im Juni 1996, als der Leiter des DEA-Teams in Bogotá, Joe Toft, angeblich ohne Wissen des damaligen US-Botschafters Busby und entgegen der Anweisungen seiner Vorgesetzten in Washington (Menzel 1997: 148f)²¹, Verbindungen zwischen dem neu gewählten kolumbianischen Präsidenten Ernesto Samper Pizano und dem Cali-Kartell öffentlich machte. Aus dem Mitschnitt eines Telefongesprächs wurde deutlich, dass der Drogenbaron Miguel Rodríguez Orejuela dem liberalen Kandidaten Samper 3,5 Millionen US-Dollar für den Wahlkampf zur Verfügung gestellt hatte. Mit der Veröffentlichung der so genannten *narco-cassettes* stürzte der kolumbianische Staat in die tiefste Legitimitätskrise der jüngeren Geschichte. Während die USA die Beziehungen zur Regierung einfroren, dem Präsidenten das Visum entzogen und Kolumbien die *Certificación* verweigerten (vgl. Menzel 1997: 147-171, Thoumi 1999), eröffnete die kolumbianische Justiz einen Prozess gegen die Wahlkampfleiter von Samper und ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten. Der *Proceso 8000*, der mit der Verurteilung von mehreren hochrangigen Politikern endete, brachte schließlich Samper nur deswegen nicht zu Fall, weil sich der Präsident vom kolumbianischen Kongress auf juristisch fragwürdige Weise Immunität zusichern ließ.²²

Im Prinzip brachte der Skandal keine Neuigkeiten ans Licht. Es ist in Kolumbien seit langem zu beobachten, dass der Drogenhandel sich politische Gefälligkeiten zu erkaufen versucht. Auch das Gesamtausmaß der kolumbianischen Drogenexporte hat sich offensichtlich in den 90er Jahren nicht verändert. Thoumi zitiert Zahlen des US-amerikanischen Koordinationsbüros zur Drogenbekämpfung *Office for National Drug Control Policy (ONDCP)*, wonach das Volumen des US-amerikanischen Kokainmarkts sogar von ca. 40 Mrd. US-Dollar Ende der 80er Jahre auf 30 Mrd. US-Dollar Mitte der Neunziger zurückgegangen sei (Thoumi 1999: 102). Wenn man weiterhin davon ausgeht, dass der Anteil der Rückflüsse nach Kolumbien nicht gestiegen sein

21 Es ist durchaus vorstellbar, dass die Clinton-Administration kein Interesse an der Veröffentlichung des Falls hatte. Immerhin gefährdete die Regierungskrise unter Samper die Stabilität im Land und nützte damit den Guerilla-Gruppen. Andererseits ist aber auch denkbar, dass Washington die Gerüchte über den Alleingang des Beamten Toft gestreut hat, um die Angelegenheit nicht als US-amerikanische Aggression gegen die gewählte Regierung eines souveränen Staates erscheinen zu lassen.

22 Paradoxerweise verschärfte ausgerechnet die Regierung Samper die Drogenbekämpfung, indem sie Herbizideinsätze aus der Luft gegen Kokapflanzungen anordnete und die Capos des Cali-Kartells verhaften ließ.

dürfte²³ und damit der größte Teil der Handelserlöse im Wirtschaftskreislauf der Industriestaaten verbleibt, ist eigentlich nur eine wesentliche Veränderung der Situation zu beobachten: die Ausweitung der kolumbianischen Anbauflächen. Die Drogenbekämpfung in Peru und Bolivien, die gezielte Verbreitung von Kokasetzlingen in abgelegenen Regionen Kolumbiens durch die *Traficantes* (Lessmann 1996: 191f) sowie die Verschlechterung der sozialen Situation in Kolumbien durch die neoliberale Öffnungspolitik, die die einheimischen Kleinbauern schlagartig der agroindustriellen Konkurrenz aus Nordamerika aussetzte (zu den allgemeinen Folgen der Öffnungspolitik vgl. Ahumada 1996), haben dazu geführt, dass Koka zunehmend in Kolumbien selbst gepflanzt wird. So gehen die US-Behörden von einer Vergrößerung der Anbauflächen von 27.000 ha im Jahre 1988 (U. S. Congress House Committee zit. nach Lessmann 1996: 191) auf mehr als 100.000 ha im Jahre 1998 (US-State Departement zit. nach Azzellini 1999: 114) aus, wobei sich die Pflanzungen auf die schwer zugänglichen Gebiete Amazoniens und der Llanos Orientales konzentrieren. Die Bauern, die sich in diesen Regionen für den Kokaanbau entscheiden, sind dabei zweifellos die schwächsten Glieder in der internationalen Wertschöpfungskette des Kokains. Vor Krieg, Vertreibungen oder Armut in die abgelegenen Waldgebiete geflohen, bauen sie den Drogenrohstoff an, weil dieser das einzige Agrarprodukt ist, bei dem die Käufer selbst für den Abtransport zahlen und mit dem sich deshalb auch in isolierten Regionen ein bescheidenes Dasein fristen lässt.

Die Auswirkungen des Anbaus sind dabei zweischneidig: Zwar hat das Koka viele Kleinbauern vor der Zwangsmigration in die Großstädte bewahrt, andererseits jedoch sind die Nebenwirkungen nicht zu unterschätzen: Abholzung des Regenwalds und Verschlechterung der Bodenqualität, Vergiftung des Trinkwassers durch Chemikalien, soziale Auflösungserscheinungen in den dörflichen Gemeinschaften, Verbreitung einer „Kultur des schnellen Geldes und des Konsums“ (Lessmann 1996: 192), Verdrängung von Indígenas und traditionell wirtschaftenden Kleinbauern, Zunahme von Gewalt und polizeilicher Repression.

Für die US-Administration beunruhigend sind jedoch nicht diese Veränderungen der ländlichen Sozialstruktur, sondern die Tatsache, dass sich der Anbau in Gebiete unter Kontrolle der FARC-Guerilla verlagert hat. Im Gegensatz zur ELN, die sich aus politischen Gründen vom Kokaanbau fernhält, in ihren Einflussgebieten Substitutionsprojekte durchzuführen versucht und selbst keine Steuern aus dem Kokahandel bezieht²⁴, greifen die FARC vor al-

23 Nach den von Lessmann vorgelegten Schätzungen bewegen sich die Rückflüsse zwischen 1 und 5 Mrd. US-Dollar jährlich (vgl. Lessmann: 198-204).

24 Dieser Sachverhalt wird von den meisten Autoren (z. B. auch Lessmann) falsch dargestellt. Die Politik der ELN gegenüber dem Drogenanbau war stets von Ablehnung geprägt. So kassiert die Organisation keine Steuern aus dem Kokahandel - allerdings werden Händler in

lem in den vom Koka-Anbau geprägten süd-kolumbianischen Departments aktiv in den Handel ein. Sie besteuern die Geschäfte, garantieren Preise, schützen die Kleinbauern vor der Gewalt der *Traficantes* und unterhalten wohl auch eigene Pflanzungen.

Angebliche oder tatsächliche Verbindungen der Guerilla zum Kokahandel werden von der Regierung in Washington schon seit eineinhalb Jahrzehnten als Legitimation für ihre Interventionsbestrebungen in der Region heran gezogen. So schuf der damalige US-Botschafter Lewis Tamb 1984 – parallel zu den Drogenaktivitäten des US-Geheimdienstes im Rahmen des Iran-Contragate-Skandals – den Kampfbegriff „Narco-Guerilla“, mit dem „die politischen Ziele der Aufständischen durch deren angebliche Nähe zu ‘gewöhnlichen Kriminellen’ diskrediert“ werden sollten (Lessmann 1996: 222). Tamb, Aktivist der konservativen Rechten, hatte 1980 für die erste Reagan-Administration das Santa Fe I-Dokument mitverfasst, in dem die US-amerikanischen Hegemonieansprüche in der Region unterstrichen und Strategien zur Aufrechterhaltung des Status Quo entworfen worden waren. Er verfolgte mit seiner Wortschöpfung ziemlich offensichtliche politische Ziele. Doch trotz seines propagandistischen Charakters setzte sich der Begriff fest. Seit dieser Zeit kursieren in der internationalen Öffentlichkeit immer wieder neue Phantasiezahlen über angebliche Drogeneinnahmen der kolumbianischen Guerilla. Menzel (1997: 161) nennt beispielsweise für 1994 folgende Summen: FARC 336 Mill. US-Dollar, ELN 240 Mill. US-Dollar und EPL²⁵ 36 Mill. US-Dollar und behauptet: „In general the guerillas were earning more than the National Coffee Foundation’s \$ 460 million for the same year.“ Mit ähnlichen Größenordnungen arbeitet auch die konservative *Rand Corporation* (2001) in ihrer für die US-Luftwaffe erstellten Studie.

Die Zahlen sind, zumindest was die beiden kleineren Organisationen angeht, völlig aus der Luft gegriffen. Nichtsdestotrotz liegt auf der Hand, dass das erstaunliche militärische Wachstum der FARC ohne die Einnahmen aus der Besteuerung des Koka-Handels nicht möglich gewesen wäre. Anders als die ELN verfügen die FARC über eine hervorragende Ausstattung ihrer Truppen und gewaltige Ressourcen für den Aufbau neuer Einheiten. Und diese Tatsache beunruhigt die Verantwortlichen in Washington weitaus mehr als die

Angeboten verpflichtet, an die Dorfgemeinschaften zu zahlen. Diese Politik war mitverantwortlich für die 1993 einsetzende Krise zwischen der ELN und den FARC, die die Bauern – aus sozialen Gründen, aber auch zur Sicherung der eigenen Finanzen – zum Anbau ermunterten. Die Tatsache, dass die ELN schlechter ausgerüstet und militärisch weniger schlagkräftig als die FARC ist, hat ebenfalls mit der unterschiedlichen Drogenpolitik der beiden Organisationen zu tun. Als Folge ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Koka verfügt die ELN über geringere finanzielle Mittel als die FARC.

25 1992/1993 demobilisierte sich die Mehrheit der EPL. Eine kleine Dissidentengruppe nimmt seitdem für sich Anspruch, den Guerillakampf weiterzuführen, wobei allerdings zahlreiche Berichte besagen, dass die Gruppe vor allem durch gewöhnliche Kriminalität auffalle.

Entwicklung der Kokain-Gesamtproduktion oder des Konsums in den USA selbst.

Die US-amerikanische Lateinamerikapolitik: Paradigmenwechsel und Militarisierung der Drogenbekämpfung

Bis Mitte der 70er Jahre verfolgten die USA in Kolumbien eine ähnliche Politik wie im Rest Lateinamerikas. Geprägt von Antikommunismus und Kalten-Kriegs-Diskursen bemühte sich Washington um die Sicherung ökonomischer und geostrategischer Interessen auf dem Kontinent. Das Drogenproblem wurde erstmals unter Präsident Nixon zum Sicherheitsrisiko erklärt und gewann dann rasant an Bedeutung. Die sich herausbildende Drogenhysterie lässt sich, so Guáqueta/Thoumi (1997), wohl am ehesten mit den prohibitionistischen Traditionen der weißen, puritanisch dominierten Mittelschichten der USA erklären und ist mit rassistischen Ideologiefragmenten versetzt: Die 'fremden', nicht-europäischen Drogen werden besonders gefürchtet und bekämpft. Eine von Nixon berufene Spezialistenkommission sprach sich zwar 1973 trotz der eher konservativen Einstellung ihrer Mitglieder für eine Entkriminalisierung des Konsums aus (ebenda: 15), doch in den Anbauländern gingen die USA mit größter Schärfe vor. Schon 1969 hatte Nixon im Rahmen der *Operation Intercept* die Schließung der Grenzen nach Mexiko angeordnet (Lessmann 1996: 33). 1974 machte der Kongress die Erteilung von Handelsbegünstigungen von der Kooperation der betreffenden Staaten mit den US-amerikanischen Antidrogen-Programmen abhängig: die Geburtsstunde der *Certificación*. Weitere vier Jahre später zeigte sich in Kolumbien dann erstmals das eigentliche Gesicht des „Antidrogenkriegs“. In der nordkolumbianischen Sierra Nevada, einem der wichtigsten Marihuana-Anbaugebiete der 70er Jahre, wurden auf Druck der USA Herbizideinsätze gegen Pflanzungen geflogen. Dabei schreckte man auch nicht davor zurück, das in den USA aus dem Verkehr gezogene Paraquat („Agent Orange“) einzusetzen (Caballero 2000: 119). Das Ergebnis war katastrophal: 150.000 Hektar Bergwald, 70% der Waldfläche der Sierra Nevada, wurden durch den illegalen Anbau bzw. die darauf folgenden Herbizideinsätze vernichtet. Die Verdrängung des Marihuanas aus der Sierra Nevada legte zwar keineswegs die Märkte in den USA trocken, sorgte aber dafür, dass sich Pflanzungen in die USA verlagerten. Gleichzeitig begann in Kolumbien der Siegeszug des Kokains.

Zur zentralen Figur im Sicherheitsdiskurs der US-Administration wurde die Drogenbekämpfung jedoch erst Mitte der 80er Jahre. Im gleichen Maß, wie die vom Warschauer Pakt ausgehende „kommunistische Gefahr“ an Schrecken verlor, gewann das Thema Drogen an Bedeutung. So wurden unter Reagan die Gesetzgebung verschärft (zum *Anti-Drug-Abuse Act* Lessmann 1996: 41-43), milliardenschwere Antidrogen-Programme verabschiedet (vgl. Menzel

1997: 27f), die Kontrolle von Luftraum, See- und Landgrenzen intensiviert und die Drogenhysterie innenpolitisch weiter geschürt. Die Folge war die spürbare Militarisierung der Antidrogen-Politik. Bei den Operationen *Blast Furnace* und *Snowcap* 1986 und 1987 in Bolivien führte die DEA erstmals gemeinsam mit Elitesoldaten der *Special Operation Forces* quasi-militärische Aufgaben durch. Koordiniert wurden die Aktionen von der *US Intelligence Community*, das heißt den Geheimdiensten CIA und DIA, sowie dem *Center for Low-Intensity-Conflicts* des US-Verteidigungsministeriums (Lessmann 1996: 50). Auf diese Weise wurden den Geheimdienstkonglomeraten neue Aufgaben zuteil, die ihnen eine Existenzberechtigung über das Ende des Realsozialismus hinaus verschaffen sollte, und die Regierungen der Industriestaaten erhielten neuen Stoff für ihre große Erzählungen von der Gefährdung der nationalen Sicherheit. Dieser Paradigmenwechsel vom Antikommunismus zur Drogenbekämpfung zog sich über fast zehn Jahre hin.

1988/1989 schuf die US-Regierung für ihren „Antidrogen-Krieg“ erstmals eine Art vereinigtes Oberkommando, das *Office for National Drug Control Policy* mit dem so genannten ‘Drogenzar’, einem Beamten mit *de facto* Kabinettsrang, an der Spitze. Es folgte die Verabschiedung der „Anden-Initiative“, die neue Operationen in Peru, Bolivien und Kolumbien, die Ausbildung von lateinamerikanischen Militärs u. a. in Antiguerrilla-Taktiken sowie Wirtschafts- und Militärhilfen in Höhe von 2,2 Mrd. US-Dollar für die Jahre 1990-94 beinhaltete (ebenda: 55). Während Agenten von DEA und CIA in Kolumbien ein undurchsichtiges, paramilitärisches Bündnis zur Bekämpfung des Medellín-Kartells schmiedeten, wurde die Militarisierung der Antidrogen-Politik in den USA selbst immer weiter institutionalisiert: Eingebunden in das Konzept wurden nun auch das Militärkommando Süd (Southcom), die *Special Operation Forces* sowie das *Center for Low-Intensity-Conflicts*, was innenpolitisch mit dem Verweis auf Lewis Tambs *Narco-Guerilla*-These begründet wurde.

Die Ziele der US-Politik waren und sind dabei – wie schon erwähnt – überaus widersprüchlich. Es ist davon auszugehen, dass der Großteil der politischen Klasse in den USA tatsächlich von der Notwendigkeit der Drogenprohibition überzeugt ist. Die Illegalisierung der Drogen ruft jedoch Probleme hervor, die den Antidrogen-Kampf umso unvermeidbarer erscheinen lassen: Kriminalität, Wachsen der Schattenökonomie, Krankheiten durch gepanschte Drogen und verunreinigtes Besteck, Anstieg der Gewalt in den Großstädten etc. – alles Probleme, die bei einer medizinisch kontrollierten Abgabe der Drogen nicht auftauchen würden. Die vor dem Hintergrund einer boomenden Schattenökonomie und explodierender Kriminalitätsraten notwendig erscheinende Militarisierung der Anti-Drogen-Operationen wiederum führt zu einer Vermischung mit sicherheits- und geopolitischen Aspekten, die die Koka-Bekämpfung in den Hintergrund rücken lässt. Wenn beispielsweise das *Office for National Drug Control Policy* von einem hochrangigen General wie dem Viet-

namveteranen Barry McCaffrey geleitet wird,²⁶ ist es nicht verwunderlich, wenn die Rückeroberung strategisch wichtiger Gebiete aus den Händen der Guerilla höher bewertet wird als die Bekämpfung der den Drogenexport kontrollierenden, rechten Paramilitärs.

Paradoxerweise konterkariert sich also die militarisierte Anti-Drogen-Politik schließlich selbst. Der Drogenhandel wird nicht mehr bekämpft, sondern sicherheitspolitisch funktionalisiert: sei es zur Finanzierung von lateinamerikanischen Verbündeten wie im Fall der nicaraguanischen Contra oder aber im innenpolitischen Diskurs.

Amendt (1996) vertritt daher die These, dass DEA und CIA fast zwangsläufig immer wieder heftige Interessenkonflikte hätten austragen müssen. Die Verbindungen von DEA-Beamten in Kolumbien zu den paramilitärischen *Pepes* und dem Chef der kolumbianischen Todesschwadronen Carlos Castaño legen jedoch nahe, dass auch die Antidrogen-Behörde bisweilen politische Ziele höher bewertet als die Drogenbekämpfung. Die Angelegenheit lässt sich nicht einfach als Interessenkonflikt zwischen zwei Behörden interpretieren. Die Widersprüche durchziehen die einzelnen Institutionen selbst.

Der Plan Colombia

Geopolitiker in den USA haben schon Mitte der 80er Jahre auf die drohende Destabilisierung der Situation in Kolumbien hingewiesen. In dem (zum Amtsantritt der ersten Bush-Administration erarbeiteten) Santa Fe II Dokument²⁷ 1988 hieß es beispielsweise: „Wenn die aktuellen Tendenzen fortbestehen, wird Kolumbien sich bis Mitte der 90er Jahre, wenn nicht sogar früher, in ein neues El Salvador verwandeln“ (Santa Fe 1989: 106). Verknüpft wurde die politische Gefahr schon damals mit dem Drogenhandel: „Kolumbien wird ... eine Erhebung erleben, die die Vereinigten Staaten durch den zunehmenden Fluss von Drogen, der unsere Küsten als Folge hiervon erreichen wird, direkt betrifft.“ (ebenda: 107)

Obwohl man die Qualität der Santa Fe-Berichte nicht überschätzen sollte, kann man festhalten, dass sich die Voraussagen des Papiers teilweise erfüllt haben. Seit Mitte der 90er Jahre ist die Krise des kolumbianischen Establishments nicht mehr zu übersehen. Drei für die Investitionssicherheit im

26 McCaffrey gilt in Kolumbien als die treibende Kraft der US-amerikanischen Interventionspolitik in den Jahren 1996-2001. Im Jahr 2000 wurden in der US-Presse Anschuldigungen wegen seines Verhaltens im Golfkrieg veröffentlicht. So soll McCaffrey noch nach Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens eine sich im Rückzug befindende irakische Einheit angegriffen und damit den Tod von Dutzenden irakischen Soldaten verursacht haben.

27 Die Santa Fe-Kommissionen berieten die republikanischen Präsidenten Reagan und Bush bei ihrer Lateinamerika-Politik und setzten sich aus Vertretern der konservativen US-Rechten zusammen. Bemerkenswerterweise wurde im Santa Fe II Dokument 1988 ausführlich über Gramscis Kulturtheorie und den Kampf um die politisch-kulturelle Hegemonie in Lateinamerika debattiert (De Santa Fe I a Santa Fe II 1989).

Land bedrohliche Entwicklungen haben sich dabei gegenseitig verstärkt: i) Das Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Samper Pizano sowie die Ermittlungen gegen zahlreiche Kongressabgeordnete 1995-1998 machten deutlich, wie eng die Verbindungen zwischen Drogenhandel und der politischen Klasse Kolumbiens sind (Menzel 1997: 147-156), und stürzten den Staat damit in eine schwere Legitimationskrise. ii) In den Dschungelgebieten Süd- und Ostkolumbiens sind die FARC zu neuen Operationsformen übergegangen. Anstatt die Politik der Nadelstiche fortzusetzen, zieht die Organisation neuerdings größere Einheiten zusammen und greift Militärbasen an²⁸. Im Rahmen dieses Übergangs zu Taktiken des Bewegungskriegs vernichteten die FARC zwischen 1996 und 1998 mehrfach Elite-Verbände der kolumbianischen Armee und nahmen mehr als 400 Soldaten und Polizisten als Kriegsgefangene, was zu einem rasanten Verfall der Moral in der Truppe geführt hat. iii) Trotz des unglaublich hohen Repressionsniveaus kam es zu neuen sozialen Erhebungen. 1996 erschütterten Proteste von 150.000 Koka-Kleinbauern das Land, wenig später folgten Gefängnisaufläufe und 1997/1998 mehrere zum Teil wochenlang andauernde Streiks im öffentlichen Sektor sowie ein Generalstreik.

Vor diesem Hintergrund wuchs 1995/1996 die Nervosität in Washington, wo man zu diesem Zeitpunkt die Beziehungen zur Samper-Regierung wegen deren Verbindungen zum Cali-Kartell eingefroren hatte. Thoumi, der verschiedene US-Politiker interviewte, ist der Meinung (1999: 142-159), dass bei den US-Verantwortlichen damals eine sehr vereinfachte, auf das Drogenproblem reduzierte Sicht der Dinge vorgeherrscht habe. Themen wie Menschenrechtsverletzungen oder die Dynamik des bewaffneten Konflikts hätten kaum eine Rolle gespielt. Für viele Kongressabgeordnete und Senatoren mag diese Einschätzung stimmen, aber die Politik der in Kolumbien tätigen US-Behörden lässt sich damit nicht zufriedenstellend erklären. Wenn die Sorgen der US-Regierung tatsächlich vorrangig dem Drogenproblem gegolten hätten, dann hätte sich die in diesem Zusammenhang entstandene Strategie nicht ausschließlich gegen die Guerilla richten dürfen.

Bemerkenswerterweise haben sich die US-Sicherheitsorgane seit 1997 – als die

28 Die FARC galten lange Zeit als eher defensive Guerilla. Bis etwa 1990 fungierte die Organisation vor allem als Garant für die legalen Aktivitäten der Kommunistischen Partei. Militärische Operationen wurden nur durchgeführt, wenn es darum ging, Druck auf die kolumbianischen Eliten ausüben. Erst die systematische Vernichtung der Linksunion UP (an der sich FARC und KP beteiligt hatten) durch die Geheimdienste und der Angriff auf das FARC-Hauptquartier 1990 durch die Armee führten zu einem Strategiewandel. Die FARC begruben ihre parlamentarischen Illusionen und verlegten Einheiten in die unmittelbare Peripherie von Bogotá. Die Ereignisse vom Juni 2001, als 100 FARC-Guerilleros mitten in der kolumbianischen Hauptstadt die Straßen um das Gefängnis La Picota abriegelten, Gefängnismauern zum Einsturz brachten und 98 Gefangene befreiten, zeigen auf, wie weit diese Entwicklung inzwischen fortgeschritten ist.

kolumbianische Tagespresse einen CIA-Bericht zitierte, wonach die Machtübernahme der Guerilla innerhalb von fünf Jahren möglich sei – in Bogotá die Klinke in die Hand gegeben und dabei vor allem auf die Modernisierung der kolumbianischen Armee gedrängt. 1998 waren u. a. im Land: Verteidigungsminister William Cohen, der Chef der DEA Thomas Constantine, FBI-Direktor Louis Freeh, SOUTHCOM-Kommandant Charles Wilhelm sowie der damalige Leiter der *Office for National Drug Control Policy*, „Antidrogen-Zar“ Barry McCaffrey. Vor allem Wilhelm und McCaffrey forderten mehrfach eine verstärkte militärische Präsenz der USA in der Region (vgl. Zelik 1999b). Sie forcierten den Aufbau neuer Einheiten der kolumbianischen Armee, die von den US-Ausbildern mitgeleitet werden, und warben bei den als engen Verbündeten der USA bekannten Staatspräsidenten von Peru und Argentinien, Alberto Fujimori und Carlos Menem, für eine multinationale Eingreiftruppe in Kolumbien (vgl. Daza 2000: 14).²⁹

Gleichzeitig kam es in Kolumbien selbst zu einer Wende der Regierungspolitik, die einige Parallelen zu den Entwicklungen Anfang der 80er Jahre aufweist. Mitte 1998 akzeptierte der neu gewählte Präsident Andrés Pastrana die von den FARC für die Aufnahme von Friedensgesprächen gestellten Bedingungen³⁰ (Molano 2000, 94), was Pastrana auch bei kritischen Beobachtern im In- und Ausland den Ruf eines Friedenspolitikers bescherte (vgl. Ignacio Ramonets Leitartikel in der *Le Monde Diplomatique* 8/1998). Während die Regierung Friedensgespräche mit den FARC aufnahm, intensivierten Armee und Paramilitärs – wie schon in der Amtszeit Betancurs 1982-1986 – den schmutzigen Krieg gegen die Opposition. Allein 1999 kam es zu 500 Massakern mit fünf oder mehr Toten, so viele wie noch nie zuvor in der Geschichte Kolumbiens. Zudem wurden die Bewohner einer ganzen Stadt, nämlich des als Gewerkschaftsbastion geltenden Erdölzentrums Barrancabermeja, pauschal mit dem Tode bedroht. Doch nicht nur die paramilitärische Rechte, auch Pastrana selbst trug zur Polarisierung der innenpolitischen Lage bei, als er eine neue Runde in der neoliberalen Kürzungs- und Privatisierungspolitik einläutete. Consuelo Ahumada (1996, 2000), Wirtschaftswissenschaftlerin in Bogotá, zeichnet eine düstere Bilanz von 14 Jahren neoliberaler Öffnungspolitik, die Pastrana zwar nicht alleine zu verantworten, aber doch mit Vehemenz weiter vorangetrieben hat. So erreichte das Verhältnis Schuldendienst/

29 Gegen den Plan einer multinationalen Interventionstruppe bezog vor allem der linkspopulistische venezolanische Staatschef Hugo Chávez Stellung. Dies sowie seine demonstrativ Kubafreundliche Politik dürfte zumindest teilweise erklären, warum Chávez in den USA in den vergangenen Jahren zunehmend zur 'totalitären Gefahr' aufgebaut wird.

30 Diese Bedingungen lauteten: Räumung von einem 40.000 Quadratkilometer großen Gebiet in Südkolumbien durch die Armee, politische Anerkennung der Guerilla, Rücknahme der auf die Guerillaführer ausgelobten Kopfgelder, Entkriminalisierung der sozialen Proteste und Maßnahmen gegen den Paramilitarismus. Bezeichnenderweise wurden nur die ersten drei Punkte von Pastrana in die Tat umgesetzt.

kolumbianischer Staatshaushalt während seiner Amtszeit die Rekordmarke von 36,2%, was, so Ahumada, nicht auf hohe Staatsausgaben, sondern auf die Devisenprobleme des Landes zurückzuführen gewesen sei. Durch die Öffnungspolitik, d.h. die Beseitigung der Zollgrenzen, sei die kleine und mittlere Agrar- und Industrieproduktion Kolumbiens im Verlauf der 90er Jahre regelrecht zusammengebrochen. Dies wiederum habe zu einem Anwachsen des Zahlungsbilanzdefizits geführt und eine Neuverschuldung notwendig gemacht (Ahumada 2000: 18). Pastrana setzte diese desaströse Markt-Liberalisierung weiter fort und unterwarf sich den neuen 'Sanierungsprogrammen' des IWF, die die Kaufkraftentwicklung und damit den Zustand Binnenökonomie insgesamt negativ beeinflussten. Er drosselte die Ausgaben im öffentlichen Sektor (ebenda: 21), ordnete die Entlassung von mehr als zehn Prozent der 110.000 öffentlichen Angestellten an (ebenda: 27), und setzte neue Einschnitte im Gesundheits- und Erziehungswesen durch. Er ließ das Pensionsalter um fünf Jahre erhöhen (ebenda: 30), leitete die Privatisierung staatlicher Kreditsinrichtungen sowie der wichtigsten Strom- und Kohle-Unternehmen ein (ebenda: 26) und erlaubte, dass es in Schlüsselbereichen der kolumbianischen Wirtschaft zu Privatisierungen kam, die in den Bereich des Betrugs gehen (ebenda: 50).³¹ Gleichzeitig bemühte sich Pastrana, von seinem Image als Friedenspräsident profitierend, um die Finanzierung eines Modernisierungsprojekts im Rahmen eines internationalen „Marshall-Plans“. Aus diesen Anstrengungen entstand 1999 unter starker Mitwirkung der US-Administration (Córdoba, Morales, Acosta 2000) der so genannte „Plan Colombia – Plan für Frieden, Wohlstand und Stärkung des Staates“ (Presidencia de la República 1999). Mit dem 7,6 Mrd US-Dollar umfassenden Programm (davon 4 Mrd. Dollar aus dem kolumbianischen Staatshaushalt) (Córdoba et al.: 2000) reagierte Pastrana auf die Forderungen Washingtons nach einem globalen Konzept für Drogenbekämpfung und Weltmarktintegration (Daza 2000: 8).

In der deutschsprachigen Fassung des Plans ist von Strategien für die zehn Bereiche Wirtschaft, Finanz- und Steuerwesen, Friedenspolitik, nationale Verteidigung, Menschenrechte, Rauschmittel, alternative Entwicklung, gesellschaftliche Beteiligung, menschliche Entwicklung und internationale Orien-

31 Ahumada (2000: 50-54) zitiert mehrere Privatisierungen, bei denen sich transnationale Unternehmen auf Kosten der kolumbianischen Gesellschaft bereichert haben. Exemplarisch sei hier der Fall des städtischen Telekommunikationsunternehmens ETB aus Bogotá erwähnt, dessen realer Wert von Experten auf 12 Mrd. US-Dollar geschätzt wird, das aber für nur 1,42 Mrd. US-Dollar verkauft wurde. Ähnlich sei man bei der Privatisierung der Energieunternehmen ISA und ISAGEN vorgegangen. Daza (2000: 8) äußert die Ansicht, dass die beschleunigten Privatisierungen Teil eines Clinton-Pastrana-Abkommens von 1999 gewesen seien. Pastrana habe zugesichert, Energie- und Erdölunternehmen im Wert von 2,5 Mrd. US-Dollar zu günstigen Konditionen zu verkaufen, und dafür im Gegenzug die US-Militärhilfe erhalten.

tierung die Rede (Presidencia de la República 1999: 7-9). Der Plan bekennt sich dabei zu drei völlig widersprüchlichen Zielen: Erstens zur Stärkung des Friedensprozesses (was die politische Anerkennung der Guerilla impliziert), zweitens zu einer weiteren Öffnung der Wirtschaft für internationales Kapital und drittens zu einer Antidrogen-Politik, die noch stärker als bisher auf militärische Mittel setzt. Jedem, der die kolumbianische Situation einigermaßen kennt, muss klar sein, dass die drei Ziele nicht kompatibel sind: Die Guerillaorganisationen haben mehrfach klar gestellt, dass es nur dann einen Friedensvertrag mit ihnen geben wird, wenn Sozialkürzungen, Entlassungen und die Deregulierung der Märkte gestoppt und keine repressiven Maßnahmen gegen die Koka-Kleinbauern mehr ergriffen werden.

Der Eindruck, dass das vorgelegte Dokument vor allem PR-Funktionen erfüllen soll, die angesprochenen sozialen Reformprojekte allerdings nicht besonders ernst genommen werden, drängt sich einem auch aus zwei anderen Gründen auf. Da ist zum einen die Tatsache, dass gleichzeitig drei verschiedene Versionen des Plans kursierten, wobei die für den US-amerikanischen Kongress bestimmte Fassung die militärischen Aspekte, die für die EU bestimmte Fassung hingegen die Verteidigung der Menschenrechte betonte (Navarro 2001: 8); zum anderen der konkrete Finanzschlüssel, wie er im kolumbianischen Kongress schließlich präsentiert wurde. Nach den von den Abgeordneten Córdoba, Morales und Acosta (2000) veröffentlichten Zahlen sind 63,6% des Gesamtpakets für Verteidigung, Polizei und Justiz vorgesehen, hingegen nur 21,7% für Demokratisierung und soziale Entwicklung, 14% für die Wirtschaftspolitik und gar nur 0,7% für den Friedensprozess. Wenn man dazu noch berücksichtigt, dass völlig in den Sternen steht, ob der kolumbianische Staat überhaupt in der Lage sein wird, seinen Anteil am Gesamtpaket zu tragen, bleiben als verlässliche Zahlungen vor allem die 1,3 Mrd. US-Dollar, die der Kongress in Washington im Jahr 2000 bewilligt hat. Vor diesem Hintergrund ist es gar nicht so falsch, wenn in der öffentlichen Debatte inzwischen unter der Bezeichnung *Plan Colombia* nur noch das US-Paket verstanden wird, von dem etwa 80%, nämlich rund 1,1 Mrd. Dollar für Militär-, Polizei- und Justizhilfe vorgesehen sind (Vargas 2000).³²

Der Einfluss der US-Administration auf den Plan und ihre militärstrategischen Absichten zeigen sich an einer ganzen Reihe von Punkten: Der Plan wurde dem US-amerikanischen Kongress zur Entscheidung vorgelegt, bevor

32 Eine genaue Aufschlüsselung ist problematisch, da die Justizhilfe im Antrag der US-Abgeordneten Dewine, Garsley und Coverdell offensichtlich unter den Punkt 'Menschenrechte' subsumiert wurde und bei der Verabschiedung des Pakets im US-Kongress kleine Änderungen vorgenommen wurden, die in der mir zugänglichen Literatur noch nicht berücksichtigt waren. Insgesamt kann man davon ausgehen, dass die Militärs (alle Waffengattungen zusammen) in den Jahren 2000 und 2001 etwa 950 Mill. US-Dollar, davon 600 Mill. für den Aufbau neuer Elite-Einheiten der Armee und im Anti-Guerilla-Kampf einsetzbare Helikopter, und die Polizei knapp 100 Mill. US-Dollar aus den USA erhalten werden.

er in Kolumbien überhaupt bekannt war, er entstand zeitgleich mit einer vom Pentagon beim Söldnerunternehmen MPRI bestellten Studie über den Zustand der kolumbianischen Armee (MPRI 2000) und wird von US-Militär-Programmen für die Nachbarstaaten Peru, Ecuador und Panama in Höhe von 400 Mill. US-Dollar begleitet (Navarro 2000: 2). Dazu kommen konkrete Schritte in Richtung einer militärischen Intervention der USA. Von den US-Luftwaffenstützpunkten in Manta (Ecuador) und Aruba (niederländische Antillen) fliegen US-Aufklärungsflugzeuge permanent Einsätze, um Funkverbindungen der Guerilla mitzuschneiden und Truppenbewegungen der Aufständischen zu überwachen (El Espectador 27. 7. 1999). Diese Informationen werden aus Misstrauen gegenüber der kolumbianischen Armee zwar nicht direkt an die Militärs vorort weitergegeben, sondern im Hauptquartier Fort Bragg, Georgia, zentralisiert, doch offensichtlich kann die kolumbianische Armee bei Anti-Guerilla-Operationen auf sie zurückgreifen. Desweiteren sind eine nicht öffentliche Zahl von US-Geheimdienstspezialisten sowie mindestens 300 US-Ausbilder in Kolumbien tätig, die für den Aufbau und die Leitung von so genannten *Batallones Antinarcóticos* – Antidrogen-Sondereinheiten, die vorrangig im Anti-Guerilla-Kampf ausgebildet werden und im Kerngebiet der FARC operieren – zuständig sind. Ein weiterer Teil der Militärhilfe wird bemerkenswerterweise über Söldner-Unternehmen im abgewickelt. Eine Schlüsselrolle spielt hierbei die in Virginia ansässige Firma MPRI, die schon 1995 die kroatischen Militärs im Jugoslawienkrieg beriet und in deren Direktorium eine Reihe hochrangiger ehemaliger US-Offiziere, darunter der Ex-DIA-Chef Ed Soyster und General a. D. Vernon Lewis (vgl. MPRI 2000) sitzen. Derartige Privatunternehmen – ein weiteres Beispiel ist die Firma *DynCorp*, die Herbizideinsätze gegen Kokapflanzungen fliegt³³ – werden von der US-Regierung offensichtlich immer häufiger für Militäroperationen angeheuert. Barry McCaffrey äußerte sich in diesem Zusammenhang gegenüber der *Dallas Morning News* (27. 2. 2000): „Ich bin ein Bewunderer des Outsourcing, es gibt sehr wenige Dinge, die man nicht nicht outsourcen kann“, und in der *Military Review*, einem Diskussionsforum für militärstrategische Debatten, äußerte US-Offizier Thomas Milton (1998): „In den USA gibt es Unternehmen, die nicht nur zugunsten von US-Interessen arbeiten, sondern sogar Teil der vom Verteidigungsministerium erarbeiteten Pläne sind. Fast alle diese Unternehmen haben Ex-Militärs in ihren Reihen. Die Sicherheitsunter-

33 Die Firma *DynCorp*, die gerne ehemalige US-Air Force-Piloten rekrutiert, ist ein weiteres Beispiel für die Inkohärenz des Anti-Drogenkriegs. Im Jahr 2000 starb nach Angaben der kolumbianischen Tagespresse einer der US-Piloten an einer Überdosis Drogen, ein Jahr später wurde bekannt, dass in Behältern, mit denen das Unternehmen Maschinenöl-Proben in die USA transportiert, Spuren von Heroin gefunden worden sind (El Tiempo, 9. 7. 2001). In beiden Fällen nahmen die US-Ermittlungsbehörden offensichtlich erst gar keine Ermittlungen auf.

nehmen sind zu einem integralen Bestandteil der Pläne und Operationen des Verteidigungsministeriums geworden.⁶³⁴

Die größten Proteste rief in den Andenstaaten jedoch die Tatsache hervor, dass im Rahmen des *Plan Colombia* die ökologisch desaströse Fumigationpolitik forciert und durch den Einsatz des als biologische Waffe kategorisierten *Fusarium Oxysporum*-Pilzes (Navarro 2001: 16) sogar noch intensiviert werden soll. Nach Schätzungen der Abgeordneten Cordoba (et al. 2000) werden 590.000 Bauern in den südkolumbianischen Departments Putumayo und Caquetá direkt oder indirekt von den Sprühungen betroffen sein. Selbst das kolumbianische Präsidialamt geht von 210.000 möglichen Vertriebenen allein im Departement Putumayo aus (zit. nach Navarro 2001: 25), was dazu geführt hat, dass die Versorgung von Flüchtlingen im *Plan Colombia* ausdrücklich im Etat mit berücksichtigt worden ist.

Die ökologischen Folgen dieser Maßnahmen für das Amazonasbecken sind kaum zu kalkulieren. Die Herbizideinsätze in Nordkolumbien haben, so der heutige Umweltminister Mayr 1995, nicht nur zur Zerstörung von Flora und Fauna, sondern auch zum Versiegen von Flüssen geführt. 10 von 35 in der Sierra Nevada entspringende Gewässer verschwanden in Folge der durch die Herbizideinsätze verursachten Bodenaustrocknung (zit. nach Córdoba et al. 2000). Insgesamt sollen schon 1998, also noch vor der Intensivierung der Fumigationen, 150.000 Hektar tropischer Wald durch Herbizide schwer beschädigt worden sein (zit. nach Azzellini 1999: 119). Völlig unberechenbar ist schließlich die Wirkung des *Fusarium Oxysporum*, auf dessen Einsatz Washington trotz aller Kritik weiterhin drängt (Navarro 2001: 18). Nach Angaben der Umweltorganisation *Acción Ecológica* kann der Pilz 20-40 Jahre lang im Boden überdauern, ist gegen alle chemischen Substanzen resistent und befällt auch andere Pflanzen als Koka (ebenda: 16).

Letztlich werden die im *Plan Colombia* vorgesehenen Maßnahmen damit auf die Zerstörung von bäuerlichen Strukturen in den betroffenen Gebieten hinauslaufen, was wiederum nicht zu einer spürbaren Reduzierung des Drogenanbaus führen dürfte, sondern nur zu dessen Verlagerung. Die mittellosen Bauern werden noch tiefer in den Urwald hineingehen, um dort das einzige Produkt anzubauen, das ihnen in den abgelegenen Gebieten die Subsistenz sichert: Koka. Vargas (1999) kommt wie Caballero (2000) aus diesem und

34 Die Vorteile für das Pentagon bei diesem Vorgehen liegen auf der Hand: i) Anders als bei aktiven Soldaten der US-Army provoziert der Tod eines Söldners kein größeres Aufsehen in der US-Öffentlichkeit - was vor allem nach den Erfahrungen im Vietnam-Krieg, als die Regierung innenpolitisch massiv wegen der toten GIs unter Druck geriet, von erheblicher Bedeutung ist. ii) Wenn Söldner (und nicht Soldaten) eine Mission durchführen, fallen mögliche Menschenrechtsverletzungen oder gar Kriegsverbrechen nicht direkt auf die US-Regierung zurück. Diese kann dann einfach den Auftragspartner wechseln, d.h. auch die politische Verantwortung wird outgesourcet. iii) Die Mission eines Söldnerunternehmens ist in der Regel billiger als die Entsendung eigener Armee-Einheiten.

anderen Gründen zu dem Schluss: „Der *Plan Colombia* entbehrt einer Antidrogen-Strategie. Er ist nichts anderes als die Wiederauflage von Bemühungen, die 25 Jahre lange gescheitert sind. Ein Vierteljahrhundert, in dem parallel zur Politik der *Cero Tolerance* das Drogengeschäft sein größtes Wachstum erreicht hat, das heißt, in dem die Antidrogen-Politik dazu beigetragen hat, den illegalen Kreislauf rentabler zu machen.“

Die bereits jetzt zu beobachtenden Folgen des *Plan Colombia* sind desaströs und weisen Züge einer Kriegsführung gegen die Bevölkerung auf. Die Gesundheit der Bewohner in den von Herbizideinsätzen betroffenen Gebieten ist stark beeinträchtigt, Indígena-Organisationen berichten von schweren Durchfallerkrankungen vor allem bei Kindern. Große Waldreserven werden zerstört, das Amazonas-Becken vergiftet, Hunderttausende (darunter auch viele Bauern, die kein Koka pflanzen) ihrer Lebensgrundlage beraubt und dabei doch die eigentlichen Profiteure der Drogenökonomie, z. B. die Finanzinstitute, in denen das Geld gewaschen wird, schonen. Man kann diese Politik, wie die meisten Autoren, auf mangelnde Sachkenntnis der Verantwortlichen in den USA zurückführen. Doch mindestens ebenso richtig ist der Hinweis, dass der *Plan Colombia* von Anfang an als Aufstandsbekämpfungsstrategie konzipiert worden ist.

Freihandelszone und Investitionshindernisse

Besondere Bedeutung hat dieser Aspekt vor dem Hintergrund, dass die amerikanischen Staatschefs im Rahmen des FTAA/ALCA-Abkommens die Einrichtung einer kontinentalen Freihandelszone bis zum Jahr 2005 anstreben. Kolumbien wird dann zum wichtigen Durchgangsland für den Güterverkehr zwischen Zentral- und Südamerika und noch interessanter für ausländische Investitionen, aber eben auch zum Risiko für die Stabilität der gesamten Region. Trotz der massiven Repression der vergangenen zwei Jahrzehnte gibt es im Land nach wie vor eine vergleichsweise starke Opposition gegen die kapitalistische Durchdringungs- und Verwertungs politik. Gewerkschaften streiken gegen Privatisierungen, Indígenas wehren sich gegen die Ausbeutung von Bodenschätzen auf ihrem Territorium, Guerillaorganisationen besteuern transnationale Unternehmen und sabotieren die Erdölindustrie. So hat der Ölmulti *Occidental* im Juli 2001 die Investitionen in Kolumbien ausgesetzt, nachdem die ELN-Guerilla in den ersten sechs Monaten des Jahres mehr als 100 Anschläge auf die Pipeline Caño Limón-Coveñas verübt und damit den Ölexport aus dem nordostkolumbianischen Arauca völlig lahm gelegt hat. Zeitgleich streikten die Angestellten des öffentlichen Sektors zum wiederholten Male gegen die Privatisierung des Erziehungs- und Gesundheitswesens. Die Beseitigung solcher Investitions-Hindernisse, die den Erfolg der FTAA-Freihandelszone nachhaltig beeinträchtigen könnten, ist ein wichtiges, viel-

leicht sogar das wichtigste Ziel des *Plan Colombia*. Durch die Zerstörung von Koka- und Nahrungsmittelpflanzungen und die Vertreibung von Hunderttausenden von Kleinbauern wird die Guerilla politisch und ökonomisch geschwächt und damit die Opposition im ganzen Land zurück gedrängt werden³⁵. Gleichzeitig wird der Militär- und Repressionsapparat weiter ausgebaut. In einer neueren, von der *Rand Corporation*³⁶ erstellten Studie ist denn auch die Rede davon, Drogen- und Guerillabekämpfung gegebenenfalls voneinander zu trennen und Sicherheitsaspekte stärker zu betonen. Dies schließe ausdrücklich auch die Möglichkeit einer direkten Intervention der USA ein, falls sich die Situation auf anderem Wege nicht stabilisieren lasse.

„If despite those effects, security conditions continue to deteriorate, and the United States is confronted with an impending Colombian government collapse, the U.S. goal would be to ensure the survival and stability of governments in neighboring countries. The United States must work with those governments with which it has shared interests - Peru, Ecuador, Panama, and possibly Brazil and some of the Southern Cone countries - to isolate the guerilla controlled areas of Columbia. It could involve an increase of U.S. military presence.“ (Rand Corporation 2001: 93)

Vor diesem Hintergrund ist die in Lateinamerika weit verbreitete Kritik, der *Plan Colombia* sei nur „ein erster Schritt in Richtung eines neuen Vietnams“, mehr als eine propagandistische Parole. Es gibt zahlreiche Indizien für eine derartige Entwicklung. Bemerkenswerterweise unterstützt die EU den Plan trotz aller verbalen Distanzierungen. So kritisierten die europäischen Regierungen auf der „Geberkonferenz“ im Mai 2001 den Plan zwar als zu militaristisch, und EU-Kommissar Chris Patten bezeichnete Kolumbien gar als Präzedenzfall für eine von den USA unabhängige Außenpolitik, doch der kolumbianischen Regierung stellte man dennoch insgesamt 300 Millionen Euro für verschiedene Entwicklungsprojekte zur Verfügung. Kolumbianische Kleinbauern-, Schwarzen- und Indígena-Organisationen fürchten, dass mit diesem Geld die Industrialisierung der Landwirtschaft beschleunigt und kriegs begleitende Sozialmaßnahmen finanziert werden sollen. Wie schon in den 80er Jahren in Zentralamerika scheinen auch in Kolumbien militärische, politische, wirtschaftliche und soziale Aspekte der Kriegsführung Hand in Hand zu gehen.

Literatur

35 In Europa wird das Verhältnis zwischen Guerilla und sozialer Opposition in der Regel stark vereinfacht. Während Nichtregierungsorganisationen sich davon überzeugt zeigen, die Guerilla schade den legalen Protestbewegungen, weil sie die Eskalationsstufe und damit das Repressionsniveau erhöhe, sind die (seltener gewordenen) Guerilla-Sympathisanten der Meinung, die Rebellenorganisationen sei quasi 'per se' die legitime Sprecherinnen der sozialen Bewegungen. In Wirklichkeit trifft beides nicht zu. Viele Aktivisten der sozialen Bewegungen fühlen sich von FARC und ELN nicht oder nur unzureichend repräsentiert. Dennoch geben viele hinter vorgehaltener Hand zu, dass die Guerilla die einzige Kraft ist, die die Regierung zu ernst zu nehmenden Transformationen zwingen kann. FARC und ELN werden zwar von der Bevölkerungsmehrheit nicht als „Armee des Volks“ anerkannt, sind aber das wichtigste Druckmittel gegen den Terror des kolumbianischen Staates.

36 Die Rand Corporation ist eine von den Douglas-Flugzeugwerken 1948 gegründete Stiftung zur Förderung von *welfare* und *security* der Vereinigten Staaten.

- Ahumada, Consuelo (1996): *El modelo neoliberal y su impacto en la sociedad colombiana*, Bogotá.
- (2000): Una década en reversa, in: Ahumada, C./ Caballero, A. /Castillo Cardona, C. / Guhl, E. / Molano, A. / Posada Carbo, E.: *Qué está pasando en Colombia? Anatomía de un país en crisis*, Bogotá.
- Alape, Arturo (1983): *El Bogotazo: Memorias del Olvido*, La Habana.
- Alonso, Manuel Alberto (1997): *Conflicto armado y configuración regional - el caso del Magdalena Medio*, Medellín.
- Ambos, Kai (1994): *Drogenkrieg in den Anden - Rahmenbedingungen und Wirksamkeit der Drogenpolitik in den Anbauländern mit Alternativen*, München.
- Amendt, Günter (1996): hier konkret, in: *konkret 11/96*.
- Bank for International Settlements (2001): *BIS 71st Annual Report*, (www.biz.org Juni 2001).
- Azzellini, Dario (1999): Drogenhandel und aufstrebende Bourgeoisie, in: Zelik, R. / Azzellini, D.: *Kolumbien - Große Geschäfte, staatlicher Terror und Aufstandsbewegung*, Köln.
- Caballero, Antonio (2000): Drogas: la guerra de la Dependencia, in: Ahumada, C./ Caballero, A. /Castillo Cardona, C. / Guhl, E. / Molano, A. / Posada Carbo, E.: *Qué está pasando en Colombia? Anatomía de un país en crisis*, Bogotá.
- Camelo Bogotá, Alfredo (1998): Sucesos y Tendencias; in: *Deslinde No 23*, Bogotá.
- Cideiber - Centro de Información y documentación empresarial sobre Iberoamérica (2001): *Colombia*, www.cideiber.com.
- Córdoba, Piedad / Morales Hoyos, Viviane / Acosta Medina, Amylkar (2000): *El Plan Colombia: escalamiento del conflicto social y armado*, Bogotá .
- Daza, Enrique (2000): El plan Colombia: made in USA, in: *Deslinde No 26*, Bogotá.
- Fernández, Raúl (1999): Colombia y la Política Norteamericana hacia el Narcotráfico; in: *Deslinde No 24*, Bogotá.
- Giraldo, Javier (1996): *Colombia - The Genocidal Democracy*, Monroe, Maine.
- Guáqueta, Alejandra / Thoumi, Francisco (1997): El contexto del problema de las drogas ilícitas en Estados Unidos, in: Guáqueta, A. / Thoumi, F.: *El rompecabezas de las drogas ilegales en Estados Unidos*, Bogotá.
- Guerillanews - Homepage (2001): *Interview with Cele Castillo*, www.guerillanews.com/crack/castillo.html.
- Hernández, Milton (1998): *Rojo y Negro. Aproximación a la historia del ELN*, Kolumbien.
- Klare, Michael T. (Hg.) (vermutlich 1995): *Low Intensity Warfare*, Toronto / New York.
- Krauthausen, Ciro (1997): *Moderne Gewalten - Organisierte Kriminalität in Kolumbien und Italien*, New York / Frankfurt.
- Medina Gallego, Carlos (1992): La violencia para-institucional en Colombia, in: Guerrero Rincón, Carlos: *Cultura política, movimientos sociales y violencia en la historia de Colombia*, Bucaramanga.
- (1996): *ELN - Una historia contada a dos voces*, Kolumbien.
- Menzel, Sewall H. (1997): *Cocaina Quagmire - Implementing the U.S. Anti-Drug policy in the North Andes-Colombia*, Lanham / New York / Oxford.
- Milton, Thomas (1998): *Los nuevos mercenarios - ejércitos para alquilar*, <http://160.149.101.23/milrev/Spanish/MarApr98/milt.html>.
- Molano, Alfredo (1994): *Trochas y fusiles*, Bogotá.
- (2000): *La paz en su laberinto*, in: Ahumada, C./ Caballero, A. /Castillo Cardona, C. / Guhl, E. / Molano, A. / Posada Carbo, E.: *Qué está pasando en Colombia? Anatomía de un país en crisis*, Bogotá.
- MPRI (2000): *Pentagon pays retired brass to evaluate Colombian military*, www.mpri.com.
- Navarro Jiménez, Guillermo (2001): *Plan Colombia - ABC de una tragedia*, Quito.
- Pérez, Luis Guillermo / Reis, Bettina (1998): *Gegen das Vergessen - Zeugnisse von Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien*, Aachen.
- Pizarro Leongómez, Eduardo (1991): *Las FARC - de la autodefensa a la combinación de todas formas de lucha*, Bogotá.

Rand Corporation (2001): *Columbian Labyrinth*, (Internet Edition www.rand.org).

Reed, Michael (2001): Artikel-Serie, in: *El Espectador 22. -27. 4. 2001* (Erstveröffentlichung in:

- The Economist*).
- Santa Fe-Dokumente (1989): *De Santa Fe I a Santa Fe II - El Imperio & América Latina*, Bogotá. SINTRAMINERCOL (1999): *La Maldición del Dorado*, Dokumentarfilm, Bogotá.
- Thoumi, Francisco (1997): *Las políticas contra las drogas en Estados Unidos y la certificación de Colombia*, in: Thoumi, F. / Guáqueta, A.: *El rompecabezas de las drogas ilegales en Estados Unidos*, Bogotá.
- (1999): *Las drogas ilegales y relaciones exteriores de Colombia: una visión desde el exterior*, in: Camacho Guizado, A. / López Restrepo, A. / Thoumi, F.: *Las drogas: una guerra fallida*, Bogotá.
- Uribe, María Tila (1993): *Los Años Escondidos*, Bogotá.
- Vargas, Ricardo (1999): *Plan Colombia: construcción de paz o sobredosis de guerra?*, Bogotá.
- Varios (1999): *El paramilitarismo en Colombia (Documento presentado por las FARC-EP en los diálogos de San Vicente de Caguán)*.
- Zelik, Raul (1999a): Ursachen der Gewalt, in: Zelik, R. / Azzellini, D.: *Kolumbien - Große Geschäfte, staatlicher Terror und Aufstandsbewegung*, Köln.
- (1999b): USA forcieren eine militärische Lösung, in: *Lateinamerika-Nachrichten 2/1999*.
- (2000): Ökonomie der Vertreibung, Interview mit Belen Torres vom Bauernverband ANUC, in: *Lateinamerika-Nachrichten 1/2000*.
- Ziss, Roland (1997): Gewalt in Kolumbien: eine Gesellschaft im Notstand; in: Altmann, W. / Fischer, T. / Zimmermann, K. (Hg), *Kolumbien heute*, Frankfurt.

Jean-Francois Couvrat/Nicolas Pless

Das verborgene Gesicht der Weltwirtschaft

Das internationale Geschäft mit Drogen, Waffen und Geld

1993 – 295 Seiten – DM 48,50 – ab 1.1.2002: EURO 24,80 – ISBN 3-924550-78-6

„Der Wirtschaftsjournalist *Couvrat* und der OECD-Berater *Pless* decken mit hoher Kompetenz und Sensibilität eine offene Flanke der Weltwirtschaft auf...“

Friedhelm Hengsbach *Politische Vierteljahrsschrift*

„Es bietet eine aufschlußreiche ... in manchem wohl noch lange gültige Momentaufnahme der Schattenseiten der rasch anwachsenden internationalen Verflechtungen.“

K.H.Kaufhold *Das Hist.-Polit.Buch*

Norbert Pütter

Der OK-Komplex

Organisierte Kriminalität und ihre Folgen für die Polizei in Deutschland

1998 – 450 Seiten – DM 62,00 – ab 1.1.2002: EURO 32,00 – ISBN 3-89691-439-1

„Im Ergebnis stellt Pütter heraus, wie weit die Polizei inzwischen zur Herrin der OK-Verfahren geworden ist und damit gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstößt. (...) Über sein Thema hinaus hat Norbert Pütter eine exemplarische Studie zum Problem der sozialen (und realen) Konsequenzen von Konstruktionen und Symbolen vorgelegt, die einen aktuellen Kriminalitätsdiskurs beherrschen.“

Susanne Karstedt *Soziologische Revue*



WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster · Tel. 0251/6086080 · Fax 0251/6086020
e-mail: info@dampfboot-verlag.de · http://www.dampfboot-verlag.de